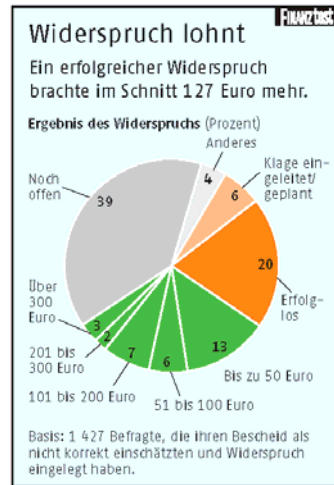


Die Aktivierung der Anständigen

Vom Kampf gegen Arbeitslosigkeit zum Kampf gegen Arbeitslose
Von der Diffamierung zur Denunziation: Auch DAS ist Deutschland!

Analytische Anmerkungen zum [Report des BMWS "Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, "Abzocke" und Selbstbedienung im Sozialstaat"](#) (August 2005) wie zu den ergänzenden Anmerkungen des Wirtschaftsministers Clement.

Hartz IV läuft aus dem Ruder und verursacht angeblich weit mehr Kosten als angenommen. Ankommen bei den Erwerbslosen kommt oft nicht einmal der knapp bemessene Regelsatz, wie [Finanztest von Stiftung Warentest](#) kürzlich herausstellte. Doch statt dass der scheidende Wirtschafts- und Arbeits-, pardon: Beschäftigungsminister Wolfgang Clement seine Profis der Nation auseinander nimmt und die blauäugigen Milchmädchenrechnungen seiner hochdotierten Berater auf den Prüfstand stellt, werden die Erwerbslosen als Abzocker und Kostentreiber beschuldigt. Mit einem REPORT, der sich an die anständigen Steuerzahler richtet, wird der Kampf gegen Arbeitslosigkeit jetzt zum offenen Kampf gegen Arbeitslose. Gesucht werden die Anständigen in diesem Land, die helfen, die „vielen“ schwarzen Schafe und Sündenböcke auszumachen, denn die sind es, die für die Milchmädchenrechnungen des Superministeriums gerade stehen sollen. Bei aller Sympathie für Anständigkeit und Rechtschaffenheit verwundert es dann doch, dass dieser Report aus dem Hause Clement nicht einmal namentlich unterzeichnet wurde. Offensichtlich fand sich niemand bereit, den Report anständig im Sinne des Presserechts zu unterzeichnen.



Quelle: [Finanztest 11./2005](#)

Kostenspirale Hartz IV? – Wer die relevanten Eckdaten der Sozialstaatsausgaben von den Jahren 2004 und 2005 vergleicht, wird feststellen, dass die Ausgaben nur gering voneinander abweichen. Nicht aufgegangen sind die schöngerechneten Einspareffekte. Zum einen ist infolge des massiven Abbaus sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze die Zahl der Erwerbslosen nicht gesunken,

„Alle Klagen über explodierende Kosten bei Hartz IV. Nicht weniger als 26 Milliarden Euro soll die Arbeitsmarktreform in diesem Jahr kosten, fast doppelt soviel wie geplant. Jedoch: Vor der Reform, im Jahr 2004, gab der Staat für Arbeitslosen- und Sozialhilfe – heute zusammengefasst im Arbeitslosengeld II – 27,6 Milliarden Euro aus. Also nicht weniger, sondern sogar ein wenig mehr als heute. Ein erstaunlicher Befund angesichts der aufgeregten Diskussion. „Wenn von Ausgabensteigerungen die Rede ist, bezieht sich das nur auf die erhofften Einsparungen“, sagt Richard Hauser, Wirtschaftsprofessor von der Universität Frankfurt.“

„Die gefühlte Kostenexplosion“, Süddeutsche Zeitung vom 27.10.05

sondern gestiegen. Zum anderen machen viele Anspruchsberechtigten erst jetzt ihre Ansprüche geltend: Betroffene, die sich nicht getraut haben und / oder über ihre Rechte nicht informiert waren.

Statt in Klausur zu gehen, Einsicht zu zeigen und charakterliche Größe an den Tag zu legen – wie es sich für einen Anständigen gehört -, holt Clement wie ein uneinsichtiges Kleinkind zum Rundumschlag aus und verkündet in unbeirrter, eitler Selbstgefälligkeit: "Der Kurs stimmt" und "Wir setzen unseren Kurs zur

„Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung hat der Ökonom Hauser 2003 die Dunkelziffer bei der Sozialhilfe untersucht – nicht den Missbrauch, sondern umgekehrt die Fälle, in denen Menschen berechnete Ansprüche nicht geltend gemacht haben... Das frapierende Ergebnis: Bei Niedriglöhnern, die aufstockende Sozialhilfe hätten bekommen können, beantragte nur einer von drei Berechtigten tatsächlich Stütze. Bei Arbeitslosen war es einer von zwei Berechtigten. „Das geschah teils aus Scham, teils aus Unkenntnis“, sagt Hauser. Das Arbeitslosengeld II führt nun dazu, dass diese Menschen ihre Ansprüche auch anmelden.“ (ebd.)

Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit fort und verhindern den Missbrauch von Sozialleistungen". Die Anwendung des Prinzips, Angriff ist die beste Verteidigung, ist weniger Ausdruck einer Verzweiflungstat als taktisches Manöver, um von der Negativbilanz der eigenen Regentschaft abzulenken. Bilanzieren wir die Arbeit des Superministers, dann ist festzustellen: Auf der Gewinnseite des WIRTSCHAFTSministers stehen steigende Dividendenausschüttungen, eine Steigerung der Einkommen aus Kapitalerträgen von über 10 Prozent, eine hohe Produktivitätsrate, enorme Exportgewinne und eine aktive Handelsbilanz, von der die Amerikaner nur träumen können. Dem gegenüber steht auf der Verlustseite des ARBEITSministers ein massiver Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, ein gescheiterter Ausbildungspakt und ein Verwaltungssystem, das Kosten produziert und – wie die Angaben von Finanztest belegen – für die Betroffenen wenig zu bieten und noch weniger zu vermitteln hat. Weitaus schwer wiegen die Unterlassungssünden von Clement. Der volkswirtschaftliche Schaden der Korruption in Deutschland wird auf 100 bis 400 Mrd. € jährlich beziffert. Es mag bezeichnend sein, dass Transparency International zeitgleich zum Erscheinen des Abzocker-Reports seinen Jahresbericht vorstellte, und darauf verwies, dass die Einrichtung eines bundesweiten Korruptionsregisters für korruptionsverdächtige Unternehmen immer noch von der Wirtschaft verhindert wurde – ein längst überfälliges Projekt, welches in die Zuständigkeit des Superministeriums fällt.



Quelle: [Finanztest 11./2005](#)

Im Land der Amigos wächst die Geldmenge und die Kluft zwischen Reich und Arm wird stetig größer. In den Genuß der Früchte aus den hocheffizienten Maschinenparks kommen die Armen nicht. Den Verlierern des High-Tec Zeitalters, in dem vieles wie geschmiert läuft, hat der Arbeitsminister nur eine kümmerliche Perspektive zu bieten: Ihnen bleiben nichts außer Mini-Jobs und die 1-Euro-Sackgasse, die nicht in die Integration führt, sondern lediglich der Konsolidierung kommunaler Haushalte und der Manipulation der Arbeitslosenstatistik dient.

Durch den vorgelegten Report wie den persönlichen Anmerkungen verschafft sich Wolfgang Clement nicht nur einen unrühmlichen Abgang, sondern sorgt selbst dafür, daß von ihm nur das zurückbleiben wird, was auch von Peter Hartz zurückblieb: Ein schaler Nachgeschmack, nichts weiter. Freilich ist mit dem Abgang von Wolfgang Clement nichts gewonnen, denn die MitarbeiterInnen, grauen Eminenzen, nicht zu vergessen die Souffleure des Sozialabbaus, die Politikberater, bleiben allesamt „im Amt“. Auch der „Apparat“ hat seine Gesinnung und wie diese aussieht, soll im Folgenden anhand des Reports analytisch dargestellt werden:

Wenn ein 33-seitiger Report aus dem Wirtschaftsministerium erscheint und von Seiten des Fachministers noch mit einem 12-seitigen Kommentar versehen wird, sollten die Leser seriös-sachliche Informationen erwarten dürfen, zumal dieser Bericht mit Steuergeldern finanziert worden ist, auf deren sachgerechte Verwendung in dem Report kontinuierlich hingewiesen wird. Der Report beginnt mit einem Thekenwitz der minderen Klasse. Und was an inhaltlicher Darstellung folgt, verläßt bedauerlicherweise nicht das Niveau eines Stammtisches in der allertiefsten Provinz. Dieser "Report" läßt vor allem eines vermissen: Repräsentative statistische Informationen, wissenschaftlich seriös aufbereitet von einem unabhängigen Institut und nicht von Propaganda-Einrichtungen wie dem "Institut der neuen sozialen Machtwirtschaft". Statt wissenschaftlich-seriöser Berichterstattung werden auf **Boulevard-Niveau Einzelfälle** herausgestellt, um in der **Bevölkerung** vor allem eines zu schüren: **Mißtrauen** gegenüber jedem von Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen. **Einige Fallbeispiele dienen als Projektionsfläche** für einen **Generalverdacht aller ALG II Betroffenen**. Wer ALG II bekommt, wird in eine stigmatisierende Verteidigungshaltung gedrängt, wird beweisen müssen, daß er weder schwarzes Schaf noch Sündenbock noch Abzocker ist. Diese Umkehrung der Beweislast bzw. die Verkehrung von der Unschuldsvermutung zur generellen Schuldunterstellung wird in diesem Report mit einer Systematik betrieben, die an die geistige Mobilmachung im propagandistischen Stil längst zurückliegender Zeiten erinnert. Im Visier hat der Bericht vor allem zwei Zielgruppen: Die Erwerbslosen, deren Anspruchshaltung an den ehrlichen Steuerzahler zurecht gestutzt wird, wie jene Anständigen, die von Clement höchst persönlich

aufgefordert werden, **mitzuwirken und mitzuhelfen**, um jene "schwarzen Schafe" aufzuspüren, die sich Leistungen erschleichen wollen.

Doch wie können die Anständigen dieser Nation ihre tatkräftige Unterstützung nicht nur leisten, sondern auch wirkungsvoll optimieren? Auch hier liefert der Report aufschlussreiche Hinweise. So ist mehrmals von **"anonymen Hinweisen"** die Rede, die von den Prüfdiensten aufgenommen werden. Wenn Clement in seinen Empfehlungen "Haus-" und nicht Wohnungsbesuche der **Prüfdienste** ankündigt, dann geht es um **gezielte Befragungen in der Nachbarschaft**. Hierbei geht es nicht nur ums Aushorchen, um Vermutungen, um die brodelnde Gerüchteküche, darum, die Wäsche der anderen in der Öffentlichkeit solange zu waschen, bis sie endlich schmutzig ist.

Es geht hier vor allem um eine **eklatante Verletzung der Privatsphäre**: Nicht überall kann vorausgesetzt werden, daß jeder erwerbslos gewordene Mensch sich als solcher zu erkennen geben will, was vor dem Hintergrund diffamierender und stigmatisierender Kampagnen nur allzu verständlich ist. Und jetzt erfolgt das öffentliche Outing fremdbestimmt durch die Prüfdienste, die im Ermittlungsauftrag der BA in der Nachbarschaft ihre Befragungen durchführen. Der Schaden, der hierdurch verursacht werden kann, ist nicht zu unterschätzen. Nehmen wir an ein Hauseigentümer, der Wohnungen vermietet, hat etwas gegen "Sozialschmarotzer und Parasiten". Während einer Befragung erfährt er, daß sein Mieter "Hinrich K." bereits seit zwei Jahren "mit steuerlichen Transferleistungen alimentiert wird". Hinrich K. hatte sich damals, als er seinen Arbeitsplatz als Pharma-Referent verlor, eine "Legende" gebastelt. Wissen, daß viele seiner Mitbürger nicht allzu gut auf Erwerbslose zu sprechen sind, ließ er in entsprechenden Gesprächssituationen durchblicken, daß er sich beruflich verbessern konnte. Das Reisen und permanente Unterwegssein als Pharma-Referent sei eine zu große Belastung gewesen und jetzt könne er für eine Marketing-Agentur von zu Hause aus arbeiten. Diese "Legende" hatte Hinrich K. allein aus Gründen des Selbstschutzes konstruiert und gegenüber seinem Vermieter nur in einem Nebenbeigespräch angedeutet. Der anständige Volksmund würde dieser Geschichte zum Schutz von Hinrich K. entgegen halten "Lügen habe kurze Beine". Weitaus schwerwiegender als die Meinung des Volksmundes dürften die Reaktionen des Hausbesitzers sein, der sich nicht nur von einem "Sozialschmarotzer" hintergangen fühlt, sondern sich jetzt zur intensiven Zusammenarbeit mit dem Prüfdienst des JobCenters berufen fühlt: Das schließt **verführerische Scheinangebote zur Schwarzarbeit** mit ein. Irgendwie muß die "Schmeißfliege" ins Netz zu kriegen sein. Die möglichen Kooperationsformen zwischen Prüfdiensten und dem Heer der Anständigen kennt keine Grenzen und ein wenig hat es dann doch verwundert, daß der scheidende Wirtschaftsminister sich nicht durchringen konnte, Belohnungen auf sachdienliche Hinweise zur Ermittlung von Sozialbetrügem anzukündigen. Doch dieses verfahrenstechnische Detail wird gewiß im Rahmen kommunaler Zuständigkeiten demnächst geregelt.

Apropos Schmeißfliegen. Es war der Nobelpreisträger, Verhaltensforscher und Biologe Konrad Lorenz, der vor Jahrzehnten mit seinen Graugänsen eine kontroverse Debatte ausgelöst hat, inwieweit Beobachtungen aus dem Tierreich Rückschlüsse auf menschliche Verhaltenszüge zulassen. In diesem Report, dessen anonymen Verfasser gewiß weder Qualifikationen als Verhaltensforscher noch als Biologe vorweisen kann, wird der Bogen zwischen Parasiten, Schwarzarbeitern und den ehrlichen Steuerzahlern durch das Mittel der Analogie, also durch einen **Vergleich von erwerbslosen Menschen und Parasiten**, die auf Kosten der Allgemeinheit leben, definitiv überspannt. Doch damit nicht genug: Wer sich auf das Erstellen längerer Text versteht, der weiß, wie **wahrnehmungspychologisch Akzentuierungen** so zu setzen sind, daß die Botschaft bei den LeserInnen nicht nur ankommt, sondern sich auch in deren Hinterstübchen sprich Unterbewußtsein fest setzt. Und so läßt der anonyme Verfasser dieses Reports an seiner Gesinnung keinen Zweifel, wenn er kurz vor seinem Abstecher ins animalische Reich parasitären Verhaltens **den Einzelfall des Sängers Ibrahim aus dem Libanon** voranstellt und gleich nach dem Mini-Exkurs ins Parasitäre nachlegt und die verwerflichen **SCHWARZARBEITER ins Feld führt**. All das wird sprachlich in rabiater Weise in zwei aufeinander folgenden Absätzen auf einer von 33 Seiten abgehandelt.

Im Vergleich hierzu fällt auf, wie behutsam die **schwarzen Schafe unter den Unternehmen und Selbständigen** sprachlich dargestellt werden: "Einige schummeln..., andere tricken... oder mogeln bei der Bilanz" (Bericht, S. 14). Während den Erwerbslosen nach dem Prüfdienst der **Staatsanwalt** auf den Hals geschickt wird, Betrugsverfahren eingeleitet werden und einem das Stigma "Vorbetrast" droht, scheint das prüfende Verhalten gegenüber Unternehmen moderater auszufallen. Insbesondere die Träger, die in den entrechteten 1-Euro-"Jobern" ihre profitable Geschäftsgrundlage haben und niemand die Verdrängung regulärer Arbeitsplätze kontrolliert, scheinen bei Verstößen in der Abrechnungspraxis lediglich mit einer **symbolischen Ordnungsstrafe** rechnen zu müssen - und können danach weiter machen wie bisher. Zweierlei Maß gelten offensichtlich auch bei der thematischen Abhandlung der **Schwarzarbeit**. Erwähnt werden - wie sollte es auch anders sein - lediglich die Schwarzarbeiter, die durch eine Task-Force mir unachgiebiger Härte verfolgt werden. Nun gehört es zur Logik kapitalistischer Arbeitswelten, daß jeder Knecht auch seine Herren bzw. seine Herrin hat. Jeder Schwarzarbeiter wäre ohne einen entsprechenden schwarzen Auftraggeber arbeitslos. Doch die **schwarzen Arbeitgeber** als das eigentliche Übel werden im Report nicht erwähnt. Es sind immer wieder die gleichen Bilder: Schwarzarbeiter, die, fernab ihrer Heimat, auf einer Baustelle unversichert für einen Hungerlohn arbeiten, während die eigentlich Verantwortlichen, nämlich

die Subunternehmer wie Generalunternehmer, sich schadlos halten. Da drängen sich folgende Fragen auf: Gegen wie viele Generalunternehmer wird in Fragen der illegalen Beschäftigung ermittelt? Und wie ist es um den Erfolg bisheriger Ermittlungsprozesse bestellt? Welche Strafsummen konnten erzielt werden? Sind die überführten Generalunternehmer registriert und in Zukunft wenigstens gesperrt, wenn es um die Vergabe öffentlicher Aufträge geht? Und schließlich: Gilt die Kronzeugenregelung möglicherweise auch für Schwarzarbeiter, die sich bei ihren Arbeitgebern für die Arbeitsbedingungen und Entlohnungen durch Hinweise gegenüber der Staatsanwaltschaft bedanken können? Fragen, auf die sich im Report leider keine Antworten finden.

Wie anfangs herausgestellt, gibt es **keine Angaben zur statistischen Signifikanz der genannten Einzelfälle**. Es gibt lediglich auf Basis einer nicht überprüfbaren **Telefon-Aktion eines Callcenters** eine Schätzung, nach der "vermutet werden" kann, "dass die Arbeitslosigkeit derzeit um mindestens 10 Prozent überschätzt wird" (Clement, Ergänzungen zu dem Report, S.7). Welche Kriterien dieser telefonischen Rasterung zugrunde lagen, konnte weder dem Report noch den Ergänzungen des Wirtschaftsministers entnommen werden. Anzunehmen ist, daß ein Ausschlusskriterium von der Anspruchsberechtigung in der **momentanen Nicht-Erreichbarkeit des ALG II Betroffenen** liegt. Doch was, wenn der Erwerbslose nicht auf das Klingeln des Telefons reagieren kann, weil er sich gerade den inquisitorischen Fragen des Prüfdienstes stellen muß. Oder der Betroffene sich in der Schlange beim JobCenter die Beine in den Bauch steht. Oder sich die Erwerbslosen in der Altkleidersammlung des Roten Kreuzes auf Schnäppchensuche befinden, oder die Betroffenen in den Suppenküchen auf Verköstigung hoffen oder in den Schlangen bei den Tafeln darauf warten, abgelaufene Lebensmittel zu ergattern. Doch selbst wenn auf jede sarkastische Überzeichnung verzichtet wird, ist festzuhalten, daß der knapp bemessene Regelsatz alle Erwerbslosen zwingt, einen Großteil ihrer Zeit damit zu verbringen, günstige Einkaufsgelegenheiten zu suchen. Die Schnäppchensuche ist zeitintensiv. Doch anders ist ein Überleben auf Hartzniveau nicht möglich. Schließlich ist auch die Suche auf dem Stellenmarkt mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand verbunden: Ausgaben für Tageszeitungen gibt der Regelsatz nicht her, bleibt folglich nur der Gang in die öffentlichen Bibliotheken und dort haben nicht selten die Zeitungen schon andere Leser in Beschlag genommen.

Auch juristisch scheint der Weg der telefonischen Befragung bedenklich. Wenn persönlich sensible Daten durch Callcenter erhoben werden, dann bereitet dieses Verfahren dem

Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar erneut große Sorgen. Doch rechtsstaatliche Prinzipien scheinen keine Rolle zu spielen, wenn es darum geht die Kosten zu wessen Lasten auch immer zu senken: Die Kosten müssen runter, und wenn dabei der **Rechtsstaat unter die Räder** kommt, dann scheint das der Preis der Deformen zu sein. Daß auch ein Ministeramt nicht vor Torheit schützt, wird jedem halbwegs Gebildeten bei folgendem Vorhaben deutlich: Clement will verhindern,

daß **junge, erwerbslose Erwachsene** aus dem Elternhaus ausziehen und durch die **Gründung einer eigenen Bedarfsgemeinschaft** die Hartz IV Unterkunftskosten in die Höhe treiben. Statt seine Arbeit zu machen und die Wirtschaft zu verpflichten, genügend Ausbildungsplätze anzubieten, wird hier der junge Erwachsene ohne Arbeit für die Unfähigkeit von Politik & Wirtschaft verantwortlich gemacht: Statt Eigenverantwortung in den "eigenen" vier Wänden zu fördern, sollen die jungen Erwerbslosen bleiben wo sie sind: Im **Schoß der Familie**. Und damit sich "parasitäres Verhalten" nicht in der Familie breit macht, darf das Muttersöhnchen vom kargen Hinzuverdienst eines 1-Euro-"Jobs" dann noch etwas zur Miete im Elternhaus beisteuern. Das ist sie also, die moderne Familienpolitik eines Superministers, der das Kindergeld für die Betuchten dieser Republik unangetastet läßt und erwerbslosen jungen Menschen außer der familiären

**„WIR stehen für moderne Familienpolitik – Doch wofür stehen die Anderen?“
Wahlkampflogan der SPD, 2005**

Sippenhaft und der Perspektive eines 1-Euro-"Jobs" nichts zu bieten hat. Daß Hartz IV weder familienauglich noch kinderfreundlich ist, dürfte sich unterdessen herumgesprochen haben. Und auch um die Partnerschaftlichkeit steht es nicht zum besten. Die Anwendung des Leitsatzes "Nun prüfe, wer sich ewig bindet", dürfte für Menschen, die sich zueinander hingezogen fühlen, Probleme bereiten, insbesondere wenn einer von beiden erwerbslos und auf Hartz IV angewiesen ist. Denn nach der "fachkundigen" Einschätzung von Clement sind es vor allem die stetig ansteigende Zahl von Bedarfsgemeinschaften, die wie Pilze aus dem Boden schießen und die Hartz Kosten in die Höhe treiben. Hier soll genauer hingeschaut und auf Herz wie

„Die Bundesagentur für Arbeit will die Kontrollen von Empfängern des Arbeitslosengeldes II verstärken. Mit Telefonanrufen soll die Verfügbarkeit der Jobsuchenden überprüft werden, um Sozialmissbrauch bei Hartz IV zu verhindern, erklärte eine Sprecherin.

Unter Berufung auf frühere stichprobenartige Anrufaktionen fordert der Vertreter der Arbeitgeber im Aufsichtsrat der Bundesagentur für Arbeit, Peter Clever, Gesetzesänderungen. „Skandalös“ nannte er die gegenwärtige Regelung, dass Eltern nicht mehr für ihre Kinder zahlen müssen, wenn diese eine Ausbildung beendet haben. „Die Familiensolidarität ablehnen und dafür Staatsgeld verlangen, das ist eine fatale Umkehrung der Werte“, sagte Clever der Süddeutschen Zeitung...

Der scheidende Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) erhöhte seine Schätzung der Missbrauchsquote bei Hartz IV auf 20 Prozent.“

„Kontrollen werden verstärkt“, Süddeutsche Zeitung v. 25.10.2005

Nieren geprüft werden. Vermutlich werden auch andere Körperteile bzw. deren Sekrete in die forensische Prüfung einbezogen werden müssen. Welch eine Vorstellung: Das CSI-Team des JobCenters mit dem mobilen Beweislabor unterwegs, um das ganze technische Instrumentarium kriminalwissenschaftlicher Ermittlungsmöglichkeiten zum Einsatz zu bringen. Ob Zahnbürsten, Vaginalabstriche, Lügendetektor - keine Anstrengungen werden ausgelassen, um nachzuweisen, daß hier **Abzocker eine Bedarfsgemeinschaft simulieren**, wo doch eine Partnerschaft lustvoll praktiziert wird. Dabei hat die Rechtsprechung bereits

„Eine eheähnliche Gemeinschaft liegt in der Regel nur vor, wenn Mann und Frau schon seit drei Jahren zusammenleben und die Partner in den Not- und Wechselfällen des Lebens füreinander eintreten. Eine gemeinsame Meldeanschrift und selbst eine lose sexuelle Beziehung reichen nicht als Indizien aus (Sozialgericht Dresden, Az. S 23 AS 175/05 ER und Sozialgericht Düsseldorf, Az. S 35 AS 119/056 ER). „

Finanztest 11 / 2005, S. 17

Kriterien festgelegt, wann von einer Lebensgemeinschaft auszugehen ist. Doch was interessiert die Rechtsprechung? Was nicht passt, wird passend gemacht und auch die **Rechtsprechung ist lediglich eine Systemvariable, die neu justiert** bzw. justiziabel im Sinne der neuen, herrschenden Ordnung gemacht werden muß.

Ein Dorn im Auge des Ministeriums sind die **unabhängigen Beratungsstellen**, an denen der

anonyme Verfasser des Reports kein gutes Haar läßt. Ratsuchende sollen sich an die wirklich Kompetenten wenden: "Erster Ansprechpartner sind die ARGen selbst" (Bericht, S. 23). Wie ärgerlich, daß nahezu zeitgleich der **Finanztest** von Stiftung Warentest herausgefunden hat, daß es mit der Beratungsleistung in den Jobcentern nicht zum Besten steht. Schlimmer noch: Von 1427 befragten Personen erhielten viele vom JobCenter nicht das, was ihnen zustand. Stellen wir des Weiteren in Rechnung, daß die Bescheide in einem **unverständlichen Amtsdeutsch** abfaßt sind, dann tritt der **Bahnhofseffekt** ein: Viele Betroffene verstehen Bahnhof und vertrauen darauf, dass alles seine Richtigkeit hat. Der „**Amtsbonus: Gründlichkeit**“ hat im Bereich der Sozialverwaltungen schon lange seine Gültigkeit verloren. In Zeiten der Haushaltskürzungen werden insbesondere die Sozialverwaltungen angewiesen, Ausgaben zu reduzieren und Ansprüche von Betroffenen zu minimieren. **Administrative Ausgrenzung ist im Bereich der Sozialverwaltungen integraler Bestandteil alltäglicher Praxis**. Während Sanktionen nur gegenüber „Abzockern“ verhängt werden, spielt die Frage von **Sanktionen gegenüber den Verwaltungsmitarbeitern** im Fall von Fehlentscheidungen keine Rolle. Im Gegenteil: wer Leistungen nicht korrekt berechnet, fehlerhafte Bescheide erstellt und Aus- bzw. Umzüge veranlasst, obwohl diese möglicherweise gar nicht erforderlich sind, wird für diese Art des repressiven Sparens bzw. Senkung der Ausgaben sogar noch belohnt. Durch die kürzlich eingeführte **Leistungsklausel in das öffentliche Dienstrecht** ist zu befürchten, daß die Mitarbeiter, die den Betroffenen wenig Geld bewilligen, auch entsprechend belohnt werden. Durch diesen strukturellen Anreiz wird sich eine selektive Informationspolitik in den Jobcentern etablieren. Bestimmte Informationen werden den Betroffenen vorenthalten und dort, wo die MitarbeiterInnen Ermessensspielräume im Rahmen von kann-Entscheidungen ausüben, werden diese immer seltener zugunsten der Kunden entschieden. Betrachten wir diese Strukturen vor dem Hintergrund der Sanktionen, dann scheint die Bestrafung lediglich den ALG II Sündern zu drohen. Wer hingegen Arbeit im JobCenter hat, und diese schlampig verrichtet, es mit der Frage der vollständigen Leistungsgewährung nicht so genau nimmt, sondern statt dessen auf Kosten seiner "Kunden" spart, der wird hierfür noch mit einem "Plus" in der Lohntüte belohnt. Gerade vor diesem Hintergrund erklärt sich die Notwendigkeit nach unabhängigen, kritischen Beratungsstellen. Das **Bild von der „ausführenden“ Verwaltung** ist antiquiert und nicht mehr zeitgemäß. Die „ausführende“ Apparatur hat ihr eigenes Innenleben und sich in vielerlei Hinsicht verselbständigt.

Eine Auflistung nicht-staatlicher Beratungsstellen in Berlin finden Interessierte im Internet auf der Homepage der Berliner Kampagne gegen Hartz IV unter: www.hartzkampagne.de

Um dieser verschärften Repression entgegenzuwirken, wäre dreierlei vonnöten:

1. **Spürbare Sanktionen, die gegenüber den MitarbeiterInnen zum Einsatz gelangen, sollten diese gegen Ausführungsverordnungen verstoßen;**
 2. **Öffentliche Dokumentation der relevanten Kennzahlen und ihrer Kosten;**
 3. **Unabhängige Beratungsstellen, die neben einer finanziellen Grundausrüstung für die Aufdeckung von Missständen und positive Beratungserfolge, entsprechende Erfolgsprämien erhalten.**
- Diese Vorschläge werden an der Hartz-Misere nichts ändern, doch sie sind ein Schritt, um dem Wettbewerb der Sparwütigen auf Kosten der Erwerbslosen Einhalt zu bieten. Es gilt, den Spieß umzudrehen, es gilt,

offensiv zu werden. Der Report aus dem Haus des Wirtschaftsministeriums hat deutlich gemacht, dass der Kampf um soziale Gerechtigkeit mit Parolen wie „Schröder muß weg“ nicht getan ist. Um offensiv die Hartz-Strukturen zu bekämpfen, muß Schritt für Schritt jedes Detail der Repression offen gelegt und gegenüber den Verantwortlichen in Politik UND Verwaltung zur Sprache gebracht werden. Erst dann besteht die Möglichkeit, dass sich anonyme, stimmungsmachende Hetzschriften wie der Report von selbst erledigen und keine Resonanz in der Bevölkerung finden.

V.i.S.d.P Thomas Rudek

Berlin, d. 30.10.05

